

Haushaltsrede des Bürgermeisters
zum Haushaltsentwurf 2021

Sitzung des Rates der Stadt Grevenbroich
18.02.2021

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: 18.02.2021, 18.30 Uhr

Sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,
sehr geehrte Frau Kämmerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Tag nach Aschermittwoch tritt in diesem Jahr der Rat der Stadt Grevenbroich zusammen. Viele von Ihnen kenne ich als sehr tief im Brauchtum verwurzelt und würde deshalb in einem normalen Jahr an dieser Stelle erwarten, in einige sehr müde Augen schauen. Aber das war kein normales Jahr. Und es ist kein normales Jahr. Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie haben uns fest im Griff, und der Verzicht auf Karneval ist ein geringes Opfer im Vergleich zu dem, was viele Menschen seit langer an Unsicherheit, existenzbedrohenden Maßnahmen und Belastung erdulden, um zu verhindern, dass die Opferzahlen weiter in die Höhe gehen.

Umsetzung und Durchsetzung der Corona-Schutzverordnung, der Betreuungsverordnung usw. haben das Verwaltungshandeln seit nun einem Jahr geprägt.

Neben den Belastungen für Familien mit Kindern, die nicht normal betreut und beschult werden, und für ältere Menschen, die unter Vereinsamung leider, sind besonders die Auswirkungen auf den Einzelhandel, die Gastronomie und die Schausteller sowie den gesamten Kultur- und Eventbereich sind enorm. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten Unterstützung geboten und ich bin dankbar, dass Sie als Stadtrat den Vorschlägen der Verwaltung jeweils mit großer Mehrheit gefolgt sind.

Mein Dank gilt allen Menschen in Grevenbroich, die durch ihr umsichtiges Handeln dazu beitragen, die Infektion nicht weiter zu verbreiten.

Wir sind noch weit von der Normalität entfernt. Ein „Zurück“ in die Zeit vor Corona wird es dabei nicht geben. Es wird eine neue Normalität sein, die geprägt sein wird von mehr Digitalisierung, aber auch von mehr Achtsamkeit. Es wird hoffentlich eine Zeit sein, in der ein Schnelltest vor der Ratssitzung nicht mehr geboten sein wird und wir auch wieder gemeinsam im Bernardussaal tagen können.

In Hinblick auf die Pandemie habe ich mich mit der Kämmerin darüber verständigt, dass in diesem Jahr anlässlich der Haushaltseinbringung nur eine Rede vorgetragen wird. Frau Stirken-Hohmann war bereit, zu verzichten. Sie finden ihre Rede auf Ihren Tischen. An dieser Stelle herzlichen Dank Ihnen, Frau Kämmerin, und Ihrem Team in der Kämmerei für die Erarbeitung des nun vorliegenden Haushaltsentwurfs.

Der Fokus, den die Pandemie naturgemäß auf sich zieht, in Verbindung mit dem eingeschränkten Sitzungsgeschehen könnte den Eindruck erwecken, dass sonst nichts geschehe in Grevenbroich. Der ein oder andere Beobachter, der es eigentlich besser wissen müsste, spricht sogar von einem verlorenen Jahr. Oder besser, er schreibt davon.

Aber auch in 2020 wurde über Planungen hinaus in Grevenbroich schon viel angepackt. Die Umgestaltung der Bahnstraße, nicht unumstritten, aber hier mit großer Mehrheit beschlossen, schreitet voran. Die Sanierung des „Haus der Kinder“, der größten Investition in den Schulbereich seit langer Zeit, wurde abgeschlossen. In Wevelinghoven wurde eine neue Kita eröffnet, mit immerhin fünf Gruppen. Das Lehrschwimmbecken in Frimmersdorf wurde saniert. Die Sanierung des Sportlerheims in Kapellen wurde begonnen. Der Neubau der Feuer- und Rettungswache schreitet zügig voran. Für das Familienbüro wurde ein Ladenlokal in der Breite Straße angemietet. Die Zille wurde erworben und endlich abgerissen, zudem hat die SEG im Bahnhofsviertel und in der Innenstadt ihr Engagement weiter ausgebaut. Das ist nur eine Auswahl.

In 2021 werden wir das fortsetzen. Der Blick in den Haushaltsplan belegt das.

Wir stellen uns der Aufgabe, den kommenden Rechtsanspruch für den offenen Ganztag an den Grundschulen umzusetzen. Der Anteil der Kinder, der betreut wird, könnte dann von heute etwa 50% auf 75% und mehr steigen. Dafür werden wir die Räumlichkeiten der Grundschulen anpassen müssen, durch eine flexiblere Nutzung der vorhandenen Räume, aber sicherlich auch durch bauliche Ergänzungen. In Kapellen starten wir damit. 4,7 Mio. Euro stehen für die Erweiterung der Grundschule in diesem und im nächsten Jahr bereit. Und wir untersuchen nun alle Grundschulstandorte und ermitteln den jeweiligen Bedarf. Für Sanierungen im Schulbereich stehen im Wirtschaftsplan der Stadtbetriebe in 2021 insgesamt 4,2 Mio. Euro bereit – nur für die größeren Maßnahmen über 300.000 Euro.

Die Zahl der Kitas wird weiter wachsen. Kurzfristig mit zusätzlichen Gruppen in den Kitas in Gustorf und Kapellen. Auch das erfordert wieder zusätzliche Räume, für die 1,9 Mio. Euro im Haushalt bereitstehen. Wir werden aber auch neue Kitas errichten lassen. An der Merkatorstraße und in Neuenhausen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Es muss uns aber auch bewusst sein, dass jede neue fünfgruppige Kita den Haushalt mit etwa 500.000 Euro belastet. Zur Kinderbetreuung schießen wir als Stadt schon jetzt jährlich 10,6 Mio. Euro zu.

Wir setzen die Digitalisierung der Schulen weiter fort. Bis Jahresende werden wir die Anforderungen des Medienentwicklungsplanes umgesetzt haben. Alle Schulen sind am Netz und mit Endgeräten ausgestattet. In den weiterführenden Schulen übererfüllen wir den Medienentwicklungsplan bereits, weil nicht ein Endgerät pro fünf Schüler*innen bereitsteht, sondern ein Endgerät je zwei Schüler*innen. Ziel muss aber ein Endgerät pro Schüler*in sein, Anträge aus der Politik liegen hierzu ja schon vor. Das zieht natürlich auch zusätzlichen Aufwand im Bereich des Supports nach sich, der ja auch in der Verwaltung mit fortschreitender Digitalisierung weiter wächst.

Wir werden in diesem Jahr endlich den Spatenstich für ein neues städtisches Obdach erleben. Das ist ein Gebot der Nächstenliebe und des schieren Bedarfs. Dafür stehen 1,4 Mio. Euro bereit. Der Standort wird kurzfristig feststehen. Zugleich werden wir aber auch die Beschlüsse fassen, um den Baubetriebshof in Noithausen zu erweitern und den Standort am Martinswerk aufzugeben. Davon versprechen wir uns erhebliche Synergieeffekte.

Auch im Bereich des Sports werden wir weiter Geld in die Hand nehmen. Der FC Süd bekommt einen Kunstrasenplatz, der SC Kapellen ein neues Kunstrasen-Kleinspielfeld, das Sportlerheim in Neukirchen wird saniert und schließlich starten wir auch mit den baulichen Maßnahmen an der Sportanlage in Neurath, wo ein Projekt mit Vorbildcharakter umgesetzt wird, an dessen Ende nicht nur die vorhandene Infrastruktur ertüchtigt, energetisch optimiert und besser ausgenutzt werden kann, sondern auch Infrastruktur in Frimmersdorf aufgegeben wird. Für diese „Sport-Projekte“ stehen im nächsten Jahr 3,8 Mio. Euro bereit, in den Folgejahren für Neurath weitere 2 Mio. Euro.

Stadt und Stadtbetriebe „verbauen“ in 2021 insgesamt 16,5 Mio. Euro in den größeren Maßnahmen über 300.000 Euro – damit knüpfen wir an die Jahre seit 2015 an. Das ist eine gute Entwicklung, zeigt aber auch, in welchem großem Umfang in der Zeit davor notwendige Investitionen unterlassen wurden.

Wir werden in diesem Jahr die SEG zur Impulsgesellschaft weiterentwickeln und die Aufgaben der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings dort bündeln. Wir erhöhen die Schlagkraft für die Entwicklung unserer Stadt. Wir benötigen neue Impulse für die Innenstadt, das Bahnhofsviertel und im Strukturwandel. Ein „Weiter-So“ kann und darf es nicht geben, dafür sind die Aufgaben zu groß. Insbesondere habe ich mir vorgenommen, den Druck auf die Deutsche Konsum als Eigentümerin von Monti und Coens deutlich zu erhöhen. Sie wird ihrer Verantwortung als große

Immobilienbesitzerin nicht gerecht. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch überlegen, ob unser Einzelhandelskonzept noch zeitgemäß ist.

Dabei ist klar: Die Wirtschaft steckt mitten im Wandel. So wie auf RWE nicht einfach der nächste industrielle Großbetrieb folgt, wird auch die Fußgängerzone nie wieder so sein, wie sie in den 70er oder 80er Jahren einmal war. Kreativität und neue Ideen sind gefragt. Warum kommen Menschen in die City? Weil ihnen etwas geboten wird. Gastronomie, Märkte und andere Veranstaltungen entwickeln sich mehr und mehr zu den zentralen Frequenzbringern. Mit der Impulsgesellschaft wollen wir einen Rahmen schaffen, in dem sich alle Akteure mit ihren Ideen, Kompetenzen und Mitteln einbringen können. Auch der neue Innenausschuss zeigt deutlich, dass dieses Thema einen höheren Stellenwert bekommt. Eine Wirkung werden wir aber kaum erzielen können, ohne Geld dafür in die Hand zu nehmen.

Auch zur Bewältigung des Strukturwandels bedarf es Kreativität und guter Netzwerke. Hier geht es darum, einen Dreiklang weiter zu vertiefen: Bereitstellung neuer Gewerbeflächen und Ansiedlung von arbeitsplatz- und gewerbesteuerintensiven Unternehmen, Umwandlung der künftig nicht mehr zur Braunkohleverstromung benötigten Flächen für neue Zwecke und Stärkung der Infrastruktur, vor allem im Verkehrsbereich.

Strukturwandel benötigt aber auch Akzeptanz. „Viel hilft viel“ ist manchmal der falsche Ansatz. Deshalb unterstütze ich die Forderung, im Rahmen der Regionalplanänderung auf eine kleine Teilfläche unterhalb des Welchenbergs zu verzichten.

Wir haben aber auch das Mobilitätskonzept beauftragt, mit dem wir den Verkehr in Grevenbroich umfassend untersuchen und durch geeignete Maßnahmen steuern werden. Dabei werden dem ÖPNV und dem Rad eine größere Rolle zukommen, als bisher. Auf die Ergebnisse der Untersuchung sind wir gespannt.

Die Aufgaben sind groß, und die Vielfalt der Themen, an denen die Verwaltung arbeitet und vor allem auch umsetzt, ist riesig. Mich ärgert, dass Grevenbroich regelmäßig schlecht geredet wird. Unsere Stadt ist attraktiv und ein guter Ort zum Leben. Das zeigt sich auch in den Druck, dem unser Immobilienmarkt zusehends ausgesetzt ist und dem wir begegnen müssen, wenn es weiter unser Anspruch ist, ausreichend Wohnraum für alle Menschen bereitzustellen.

Und ich bin mir sicher, dass sich auch die Presseberichterstattung und die Haushaltsberatungen der nächsten Wochen nicht darauf konzentrieren wird, was wir als Stadt an Leistungen für die Menschen vorhalten und immer weiter ausbauen – obwohl es richtig und angemessen wäre, dies einmal besser zu würdigen.

Nein, die Diskussion wird sich darum drehen, dass wir Ihnen mit dem vorliegenden Entwurf vorschlagen, die Grundsteuer B um 125 Punkte auf dann 625 Punkte anzuheben.

Mit unserem bisherigen Satz von 500 lagen wir schon 2019 auf Rang 198 und damit genau in der Mitte aller 396 Kommunen in NRW. Mit einem Hebesatz von 625 Punkten wären wir 2019 ungefähr bei Rang 100 gelandet und damit weit entfernt von der Spitzengruppe. Bergneustadt auf Rang 1 hat 959 Punkte. In 2020 und 2021 haben weitere Kommunen ihre Hebesätze erhöht. Sie werden sehen, dass die vorgesehene Anpassung nicht nur nicht unbotmäßig, sondern leider auch unbedingt notwendig ist.

Zunächst: Was bedeutet das konkret im Geldbeutel der Menschen? Ich nenne Ihnen bewusst keine Ausreißer nach oben oder unten, sondern Beispiele, die der Breite der Bevölkerung entsprechen. Für ein Mietshaus mit vier Wohnungen, etwa 25 Jahre alt, erhöht sich die Grundsteuer um etwa 280 Euro, also um 70 Euro pro Wohnung – monatlich 5,83 Euro. Bei neun Wohnungen und einem Alter

von etwa 60 Jahren kommt man auf 60 Euro pro Wohnung und Jahr, oder 5 Euro pro Monat. Bei einer Etagenwohnung in einem Hochhaus können es auch weniger als 3 Euro / Monat sein. Für ein Reihenhaus in der Innenstadt sind es unter 100 Euro, oder etwa 8 Euro im Monat. Ein freistehender Neubau in Kapellen, Einfamilienhaus, liegt geringfügig darüber. Und eine Doppelhaushälfte in Neukirchen, relativ neu, zahlt künftig etwa 200 Euro pro Jahr mehr, oder etwa 16 Euro pro Monat.

Das ist in jedem Fall eine zusätzliche Belastung, die ja für die betroffenen Menschen auch jeweils individuell ist. So sind für den Eigenheimbesitzer in Neukirchen 16 Euro im Monat vielleicht überhaupt kein Thema, für den Mieter einer Wohnung die 5 Euro aber schon eher. Dagegen stehen aber auch immer Leistungen – solche, die wir bereits erbringen, solche, die wir künftig erbringen müssen und solche, die wir künftig erbringen wollen.

Eltern profitieren von besseren Angeboten in Schulen und Kitas – qualitativ wie quantitativ. Sportler profitieren von Investitionen in ihre Anlagen. Alle, die einen Behördengang erledigen müssen, profitieren von der Digitalisierung im Rathaus. Der Mieter einer kleinen Wohnung profitiert von einem besseren ÖPNV-Angebot oder von kostenfreien und gepflegten Naherholungsmöglichkeiten. Besucher der Innenstadt profitieren von mehr Sicherheit durch den verstärkten OSD und mehr Sauberkeit durch die Stadtbetriebe.

Wir haben uns den Vorschlag, der Bevölkerung einen zusätzlichen Beitrag zur Erfüllung der vielfältigen Aufgaben der Stadt abzuverlangen, nicht einfach gemacht. Da mir klar ist, dass uns Teile des Rates aber genau das unterstellen werden, nehme ich Sie nun ein wenig tiefer mit in die verwaltungsinternen Beratungen der letzten Monate.

Ende 2019 haben Sie mit großer Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen einen Haushalt und Sanierungsplan beschlossen, der für das entscheidende Jahr 2024 einen Überschuss von rund 1,5 Mio. Euro vorgesehen hat. Sie wissen, wir müssen in diesem Jahr den planerischen Haushaltsausgleich schaffen, um den Sanierungsplan verlassen zu können. Und zwar nicht nur mit 1 Euro Überschuss, sondern so deutlich, dass der Haushaltsausgleich als nachhaltig angesehen werden kann. Während des letzten Jahres haben sich dann aber zahlreiche Entwicklungen ergeben, die dieses Ziel in weite Ferne rücken ließen.

Ganz ausdrücklich sage ich an dieser Stelle: Corona ist diesmal nicht schuld. Die Mehraufwendungen und Ertragsausfälle des Jahres 2021 und der Folgejahre haben zunächst keine Auswirkungen auf die Frage, ob wir den Sanierungsplan schaffen oder nicht.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass anders als in der Vergangenheit das Thema Eigenkapitalverzehr für den Sanierungsplan keine große Rolle mehr spielt. Dabei helfen uns die guten Haushaltsergebnisse der letzten Jahre, mit denen künftig aber nicht mehr zu rechnen sein wird. Die Gefahr der Überschuldung droht uns akut nicht mehr.

Was ist nun in 2020 mit Blick auf 2024 geschehen? Beispielsweise haben sich aus der Reform des Kinderbildungsgesetzes – KiBiz – der Landesregierung für unseren Haushalt enorme Mehrbelastungen ergeben. Unterm Strich bleiben von den Kosten der Verbesserungen, die durch die Reform für Träger und Betrieb der Einrichtungen auf den Weg gebracht worden sind, mehr als 2,4 Mio. Euro bei uns hängen. Alleine dadurch wären wir also mit unserer Planung für 2024 von einem Überschuss in ein sattes Minus gerutscht.

Weitere Punkte kamen hinzu: Die Jugendarbeit und der Jugendschutz versuchen 200.000 Euro zusätzliche Kosten, für Kommunikationstechnik fallen fast 500.000 Euro mehr an, die Ausstattung der Schulen – ohne Digitalisierung – macht nochmal 100.000 Euro aus. Änderungen bei der Umsetzung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes versuchen fast 900.000 Euro zusätzliche Belastung. Durch

Neuberechnungen der Zahlungen an die Rheinische Versorgungskasse steigen auch dort die Aufwendungen. Insgesamt sind im letzten Jahr mit Blick auf den Haushalt 2024 Mehrbelastungen von rund 9 Mio. Euro entstanden, die ausgeglichen werden müssen, wenn wir den Sanierungsplan schaffen wollen. Also nicht 9 Mio. Euro über die nächsten Jahre verteilt, sondern 9 Mio. Euro im Jahr 2024, wobei viele Haushaltsverschlechterungen schon deutlich früher greifen.

Auch anderswo haben sich unterjährig erhebliche Haushaltsverschlechterungen ergeben. So zeigen sich beim Kreis erhebliche Personalkostensteigerungen. Im Haushaltsentwurf für 2021 liegen sie bei 82,5 Mio. Euro, das ist gegenüber 2020 eine Steigerung von 5,6 Mio. Euro oder rund 7% - gegenüber 2019 gar um 8 Mio. Euro oder rund 10%. Auch hier zeigen sich erhebliche Schwankungen bei den Versorgungsaufwendungen. Die Auswirkungen von Corona sind auch hier schon rausgerechnet. Aber auch ohne Berücksichtigung der Versorgungsaufwendungen ergeben sich beim Kreis erhebliche Personalkostensteigerungen – von 2019 auf 2021 um 8,4 Mio. Euro. Das ist ein Faktor, der dazu beiträgt, dass der Kreis in 2021 den Hebesatz der Kreisumlage anpasst – nach oben hin, natürlich.

Die Kämmerin hat in einem ersten Schritt bei der Haushaltsaufstellung einen großen Teil dieser Verschlechterungen auffangen können, insgesamt fast 3 Mio. Euro. Wesentliche Punkte waren dabei Kürzungen im Bereich der Personalkosten mit 1 Mio. Euro und die Erhöhung der Abführungen des Eigenbetriebs und der SEG mit 1,5 Mio. Euro – aber auch sehr viele kleinere Anpassungen.

Ich habe dann gemeinsam mit ihr eine Projektgruppe eingesetzt, in deren Rahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, des Hauptamtes und des Bürgermeisterbüros den Haushalt nochmals auf Sparpotentiale überprüft haben und vertiefte Prüfungen in den einzelnen Fachbereichen durchgeführt haben. Dabei konnten wir im Austausch mit den Produktverantwortlichen weitere 1,2 Mio. Euro Haushaltsverbesserungen bezogen auf das Jahr 2024 erzielen. Bis dahin werden beispielsweise die Maßnahmen, die sich aus den Veränderungen im Jugendamt, die personelle Aufstockung des ASD, ergeben, verstärkt greifen und teure Unterbringungsmaßnahmen vermieden werden können. Das belegt, dass es richtig war, die Organisationsuntersuchung im Jugendamt durchzuführen und die Ergebnisse rasch umzusetzen.

Das sind Ansätze, die wir intensiv verfolgen werden: Verbesserung der Organisation, auch durch Digitalisierung, und vertiefte Prüfung jedes einzelnen Haushaltsansatzes.

Da sich an anderer Stelle aber auch noch weiterer Mehraufwand ergeben hatte, verblieb am Ende dieser Wegstrecke ein Konsolidierungsbedarf von etwa 5,5 Mio. Euro, der auszugleichen ist, wenn wir einen genehmigungsfähigen Sanierungsplan vorlegen wollen, und das müssen wir. Die Verwaltung schlägt deshalb die Erhöhung der Grundsteuer B als der einzigen verlässlichen und nennenswerten Ertragsposition vor, auf die wir direkten Einfluss haben. Planerisch können wir es nicht bei dem für das Jahr 2021 vorgesehenen Schritt belassen, sondern müssen einen weiteren Schritt einbauen. Ziel ist aber, durch konsequente Haushaltsführung diesen zweiten Schritt zu verhindern und ihn nur zu vollziehen, wenn er unausweichlich bleibt. Solch einen planerischen Kniff kennen Sie aus der Vergangenheit: Schon für 2019 hatten wir eine Erhöhung der Grundsteuer B vorgeschlagen, gebraucht hätten wir sie am Ende damals nicht.

Jetzt ist die Haushaltssituation aber eine andere als damals, weshalb die Kämmerin und ich nicht drum herumkommen, bereits für 2021 eine Grundsteuererhöhung vorzuschlagen. Dieser Schritt ist notwendig, wenn wir die Handlungsfähigkeit unserer Stadt nachhaltig erhalten wollen. Wir haben intensiv daran gearbeitet, ihn abzuwenden. Jetzt sind wir aber an dem Punkt, an dem wir Sie um Ihre Unterstützung bitten müssen.

Wir sehen keine Möglichkeit, diesen Schritt durch weitere Einsparungen im Haushalt über die bereits vorgenommenen hinaus abzuwenden. Die Erfahrungen der Vergangenheit hat uns zudem gelehrt,

dass Einsparvorschläge der Verwaltung nur bedingt Ihre Zustimmung gefunden haben – wie die Maßnahmenvorschläge der GPA, die Ihnen der Verwaltungsvorstand einmütig zur Beschlussfassung vorgelegt hat, und von denen nur ein Bruchteil beschlossen wurde.

Aber ich kann mich irren. Sie wissen, ich bin immer bereit, zuzugeben, wenn meine Position falsch war. Deshalb lade Sie herzlich ein: Unterbreiten Sie in den Haushaltsberatungen Vorschläge, wie wir durch Verzicht oder Verschiebung freiwilliger Maßnahmen die Ziele des Sanierungsplanes erreichen können, ohne Steuern und Gebühren erhöhen zu müssen. Stellen Sie ganz konkrete Anträge, worauf Grevenbroich in den nächsten Jahren verzichten oder länger warten soll. Sagen Sie den Menschen in der Stadt ganz genau: Wir können dann auf Steuererhöhungen verzichten, wenn ihr bereit seid, auf diese und jene Maßnahmen zu verzichten.

Streuen Sie den Menschen keinen Sand in die Augen. Die Bürgerinnen und Bürger sind sehr viel aufgeschlossener für ehrliches Handeln, als Sie vielleicht annehmen. Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Und wenn das Geld für die gewünschten Ausgaben nicht reicht, muss man entweder auf die Ausgaben verzichten, oder an mehr Geld kommen.

Ich will Sie nicht in eine Ecke stellen. Ihr Handeln hat aber Folgen. Sie sind als gewählte Ratsmitglieder gemeinsam mit der Verwaltung in der Verantwortung. Die Verwaltung unterbreitet Ihnen heute einen Vorschlag, wie wir die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten, den Sanierungsplan schaffen und die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur im gewohnten Umfang erbringen, sondern noch weiter ausbauen können.

Denn das ist doch unser Auftrag. Wir, weder die Verwaltung, noch der Stadtrat, sind ein Selbstzweck. Wir sind Ausdruck der Selbstorganisation der Bürgerschaft unserer Stadt und wir selbst sind Teil der Bürgerschaft von Grevenbroich. Das System der kommunalen Selbstverwaltung, wie wir es heute kennen, hat sich über Jahrhunderte entwickelt, aus dem Bewusstsein heraus, dass die Gemeinschaft so viel mehr schaffen und leisten kann, als die Einzelperson – aus dem Bewusstsein heraus, dass viele Probleme nur dann gelöst werden können, wenn man sie gemeinschaftlich angeht.

Wären wir nur nebeneinander lebende Einzelpersonen, hätten wir keine Kanalisation, keine Straßenbeleuchtung, keine Schulen und keine Kirchen. Menschen haben sich immer schon organisiert, um gemeinsam ihr Lebensumfeld zu gestalten, zu verbessern, dauerhafte Werte zu schaffen. Und schon immer war es so, dass der einzelne Mensch davon nicht nur profitierte, sondern dazu auch einen Beitrag geleistet hat. Ob in Form von Muskelkraft, in Naturalien oder eben in Steuern oder Abgaben.

Die pflichtigen Aufgaben sind wichtig. Niemand wird bestreiten, dass die mehr als 12 Mio. Euro, die wir für Schulträgeraufgaben aufwenden, gut angelegtes Geld sind. Auch die 36 Mio. Euro, die wir als Kreisumlage aufbringen müssen, zahlen wir gerne. Meistens jedenfalls. Aber die freiwilligen Aufgaben sind doch das Salz in unserer Suppe. Sie bieten Raum für Kreativität, für Gestaltung, dafür, Veränderungen voranzubringen.

Es ist völlig klar, dass nicht über jede Ausgabe ein 100%-iger Konsens in der Bevölkerung herzustellen ist, und dass der Aufwand, jede zu klärende Frage mit allen Bürgerinnen und Bürgern im Detail zu besprechen und zu entscheiden, mit der Größe der Gemeinschaft immer größer und immer weniger handelbarer wird. Deshalb hat sich ein System entwickelt, wie eine Gemeinschaft diese Fragen klärt und die Entscheidungen trifft. Durch Sie. Durch uns. Dafür sind wir in der Pflicht, den Menschen, die uns gewählt haben – und übrigens auch denjenigen, die das nicht getan haben, Rechenschaft darüber abzulegen, wie wir mit dieser Verantwortung umgegangen sind.

Meine Position ist klar. Ich möchte der Verantwortung nicht dadurch gerecht werden, indem ich die mir übertragenen Aufgaben auf dem gesetzlich möglichen Minimum ausfülle und darüber hinaus vor allem die finanziellen Beiträge der Bevölkerung zur Finanzierung des Gemeinwesens so gering wie möglich halten möchte. Ich möchte gestalten, Grevenbroich voranbringen, den Menschen, die hier leben und denjenigen, die das vielleicht künftig tun, Leistungen anbieten, die eben nicht nur dem Dienst nach Vorschrift entsprechen. Ich möchte, dass die Menschen stolz sagen können, „das haben wir in unserer Stadt geschafft“. Ich möchte meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger keine lange Liste unerledigter Aufgaben hinterlassen, wie ich sie vorgefunden habe.

Wir haben uns große Aufgaben vorgenommen, die allermeisten davon gemeinsam. Wir bekommen große Aufgaben übertragen und wir wissen, dass weitere große Aufgaben vor uns liegen. Wir wollen auch Luft dafür haben, kurzfristig reagieren zu können. Wir wollen neue Ideen umsetzen können, Best-Practice-Beispiele aus anderen Städten übernehmen können und Menschen, die mit guten Vorschlägen zu uns kommen sagen können, „Ja, das packen wir jetzt gemeinsam an“. Wenn wir das gemeinsam machen wollen, müssen wir auch den Rahmen dafür schaffen.

Die Verwaltung macht Ihnen dafür mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf ein Angebot und wird ihrer Verantwortung und ihrem Gestaltungswillen damit gerecht. Ich habe keine Zweifel daran, dass Sie das gleiche Maß an Verantwortungsbewusstsein und Gestaltungswillen, an Liebe zu Grevenbroich genauso zeigen werden.

Wie üblich stehen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich Ihnen für Ihre Beratungen gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Bleiben Sie gesund – und Glückauf!